



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **20 Jahre Universität - Gesamthochschule Paderborn**

**Blömeke, Sigrid**

**Paderborn, 1993**

Neuanfang in der Hochschulpolitik: der Sputnik-Schock

**urn:nbn:de:hbz:466:1-39078**

gangs studieren könnten; doch der Trend zu mehr Bildung war schon seit den 50er Jahren unverkennbar: Die Abiturientenquote verdoppelte sich nahezu von 4,8 % (1957) auf 9,2 % (1968). Die Zahl der Studierenden war von 1951 bis 1960 von 110.000 auf 238.000 gestiegen. Trotzdem gingen die 1964 vom WR erstellten Vorschätzungen von gleichbleibenden bis sinkenden Studentenzahlen aus und prognostizierten für 1971 zwischen 196.900 und 223.600 Immatrikulierte. Tatsächlich waren 1970 bereits 410.000 Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen eingeschrieben.

Fehleinschätzungen in der Zahl der Studienberechtigten, die Unterschätzung der durchschnittlichen Studiendauer und der Glaube, die Studienzeiten könnten administrativ gekürzt werden, führten zu verhängnisvollen Fehlprognosen, die die gesamte Hochschulplanung fehlerleiteten und damit in den 70er Jahren die unerträgliche Situation an den Hochschulen erst provozierten.

(Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1970, S. 21; WR, 1964, S. 25 und Rimbach, S. 24)

### *Neuanfang in der Hochschulpolitik: der Sputnik-Schock*

In den 50er Jahren war an den Hochschulen von künftigen Überfüllungskrisen noch nichts zu spüren. Die Bildungs- und Hochschulpolitik stand lange Zeit nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das änderte sich erst, als 1957 die Sowjetunion mit dem Sputnik-Flug schlagartig die technische Überlegenheit des Westens in Frage stellte. Zum erstenmal war es einer Nation gelungen, eine Raumkapsel in eine Erdumlaufbahn zu bringen. Im Wettstreit der Systeme hatte die Sowjetunion ihre technologische und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit spektakulär unter Beweis gestellt. Der Westen, überzeugt von seiner wirtschaftlich-technischen Überlegenheit, mußte alles daran setzen, um auf dem Feld der Forschung nicht die Initiative zu verlieren. In großen, international angelegten Studien wurden die Bildungssysteme vor allem der USA und der Sowjetunion gegenüber gestellt. Westeuropa bekam dabei schlechte Noten: Zwar herrsche eine formale Gleichheit der Bildungschancen, doch die tatsächlich vorhandenen Begabungen würden durch das Bildungssystem nur unzureichend gefördert und entwickelt.

Der Bildungspolitiker Georg Picht machte 1964, in einer Zeit der Hochkonjunktur und mangelnder Arbeitskräfte, mit seiner Artikelserie „Die deutsche Bildungskatastrophe“ auf die Gefährdung des Wohlstands durch Bildungsdefizite aufmerksam. Ohne genügend qualifizierte Nachwuchskräfte drohe dem Wirtschaftswachstum ein rasches Ende, warnte Picht und forderte die Mobilisierung der Begabungsreserve: Die Abiturientenzahlen müßten aufgrund der momentanen Nachfrage der Wirtschaft verdoppelt und bisher benachteiligte Land- und Arbeiterkinder verstärkt gefördert werden. Die Hochschule sollte in einem sechssemestrigen Grundstudium wissenschaftliches Basiswissen vermitteln und in einem ebenfalls sechssemestrigen Aufbaustudium in die wissenschaftliche Forschung einführen.

Nur ein Jahr später formulierte Ralf Dahrendorf, ebenfalls in einer Artikelserie, einen ungleich radikaleren Ansatz. Ausgehend vom Bürgerrecht auf Bildung plä-

dierte er für eine aktive Bildungspolitik. Neben das soziale Grundrecht auf Bildung, das in der allgemeinen Schulpflicht seine Entsprechung finde, stellte er den Aspekt der Chancengleichheit in dem Sinne, daß es keine systematische Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Gruppen auf Grund leistungsfremder Merkmale wie Herkunft oder wirtschaftlicher Lage geben dürfe. Damit plädierte Dahrendorf für die Öffnung der Hochschulen und für Massenbildung. Studienreform bedeutete für ihn, mehr Studenten rascher zu einem qualifizierten Abschluß zu führen und ihnen dabei eine noch bessere Ausbildung zu geben. Jeder, der eine Studienberechtigung habe, müsse auch studieren können. Dahrendorf machte nicht die „Studentenflut“ für die Misere verantwortlich, sondern die Hochschulen selbst: Die sogenannte Überfüllung der Hochschulen sei nicht Resultat einer über die Hochschulen hereingebrochenen Naturgewalt, sondern ihrer eigenen strukturellen Mängel.

### *Autoritäre Strukturen an den Universitäten*

Die alte Universität zeichnete sich vor allem durch einen Mangel an Demokratie aus. Die Herrschaft der ordentlichen Professoren (Ordinarien) über alle Angelegenheiten von Forschung und Lehre war unumstritten. Die verschiedenen Statusgruppen wie Studenten und Mittelbau hatten in Fakultätsversammlungen weder Sitz noch Stimme. Assistenten hatten in der Regel kein Mitspracherecht, obwohl sie an Universitäten oft die Mehrzahl der Lehrenden stellten.

Der Ordinarius setzte über seine Prüfungscompetenz die Maßstäbe für Lehre und Studium. Der Lehrplan war weitgehend auf seine Person und seine persönlichen Vorlieben und Schwächen zugeschnitten. Als Leiter eines Instituts dirigierte der Ordinarius die Forschungsprojekte und mit ihnen die Personalpolitik. Er entschied, wer in seinen Forschungsprojekten mitarbeiten und Karriere machen durfte und wer nicht.

Die verkrusteten Strukturen und die Bevormundung durch autoritäre Professoren hatten bereits zahlreiche hochqualifizierte junge Wissenschaftler veranlaßt, ihre Karriere an freier organisierten Hochschulen im Ausland mit besseren Verdienst- und Karrieremöglichkeiten fortzusetzen. Auf diesen „brain drain“ hatte der Verband Deutscher Studentenschaften schon 1961 in einer Denkschrift hingewiesen und davor gewarnt, daß die begabtesten Nachwuchskräfte für immer Deutschland den Rücken kehrten. Fehlende Forschungskapazitäten würden in einem rohstoffarmen Land wie der Bundesrepublik, das auf die Kreativität seiner Wissenschaftler vor allem im Hoch-Technologiebereich angewiesen sei, mittelfristig den Wohlstand gefährden. (Vgl. Schmidt, 1969, S. 63 ff.)

Bildungspolitiker von Bund und Ländern standen Ende der 60er Jahre vor einer schweren Aufgabe. Trotz der Neugründungen von Hochschulen seit 1961/62 mußte die vorhandene Kapazität weiter ausgebaut werden, um den dringenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften zu decken und um den Studienplatzmangel zu beseitigen. Während dieses Ausbaus mußte das vorhandene Hochschulsystem grundlegend reformiert werden. Neben einer umfassenden Studienreform stand die Demokratisierung der Hochschule nach innen und ihre Öffnung nach außen auf dem Programm. Durch Bildungswerbung und finanzielle Förde-